

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Befüllungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die in den benachbarten Orten von Döslig herrschende Cholera wird der in dieser Stadt auf den 4. Oktober e. amstehende Jahrmarkt in Gemäßheit des §. 13. der unter dem 8. August 1835 allerhöchst genehmigter sanitäts-polizeilichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten hierdurch aufgehoben.

Posen, den 27. September 1866.

Der Ober-Präsident der Provinz Posen.

Amtliches.

Berlin, 27. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst gerubt: Den Oberpfarrer Nüen in Pfullis zum Superintendenten der Diöces Pfullis; und den bisherigen Gerichtsassessor Freiherrn von der Heydt zum Landrat des Kreises Eupen, Regierungsbezirk Aachen zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Stuttgart, 26. September, Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt der erwählte Präsident Weber seine Antrittsrede. Derselbe warnte davor, sich bei der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse einer Gefühlspolitik hinzugeben und ermahnte die Kammer, der Gewalt der Thatsachen Rechnung zu tragen. Die Abgeordneten Güttlingen, Schott, Mittnacht und Wiest legten lebhafte Berührung gegen die etwaige Annahme ein, daß der Präsident die Ansicht der Kammer ausgesprochen habe.

Die Regierung legte den Friedensvertrag mit Preußen vor und verlangte die Bewilligung der Kriegsentschädigung.

Stuttgart, 26. September, Nachmitt. Die Kammer hat in der heutigen Sitzung den Erlass einer Adresse auf die Thronrede beschlossen. Unter den eingelaufenen Petitionen ist eine auf Untersuchung der Kriegsführung des Bundesarmeeorps gerichtet und eine andere will, daß die Entschädigung für die preußische Einquartierung von dem ganzen Lande geleistet werde.

Dresden, 26. September, Nachmitt. Einer Mittheilung des "Dresdner Journals" zufolge ist der König von Sachsen heute aus Schönbrunn abgereist und hat sich zunächst nach Regensburg begeben.

Die Einigkeit als Grundlage der Einheit.

Der Beschuß des Abgeordneten-Hauses über die Anleihe-Vorlage kann, welche Motivirung man ihm auch unterlegen mag, nur aufgefaßt werden als ein Vertrauens-Votum für die Regierung, oder wie es auch einzelnen Rednern bestimmt ausgedrückt wurde, für ihre auswärtige Politik. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß diese auswärtige Politik im preußischen Landtage nicht mehr einen ernstlichen Widersacher habe; denn selbst Herr Birchow, wenngleich er sich skeptisch gegen ihre Mittel verhält, akzeptirt doch gern ihre Resultate. Erfreulich aber war das Bekanntniß des Grafen Schwerin, daß er geirrt habe, nun aber bereit sei, dieser Politik noch mehr als die geforderten Millionen zu bewilligen. Diese Erklärung aus dem Munde eines so ehrenwerten Mitglieds beweist wieder, was wir immer betont haben, daß die Centrumspartei frei ist von jeder persönlichen Opposition und die Gründe für ihr Verhalten allemal aus der Natur der Verhältnisse entstehen, sich nur durch objektive Auffassung leiten läßt. Daz das hieraus entstehende scheinbare Schwanken oft verkannt worden ist, hat diese Partei nicht beirren können; sie ist heute wieder vollzählig auf dem Platze, und es wird nicht lange dauern, so werden die anderen Parteien ihr parlamentarisches Verhalten sich zum Vorbilde nehmen. Mit der Wiederkehr der allein richtigen parlamentarischen Praxis, nicht die Personen, sondern die Grundsätze zu belämpfen, werden die Verhandlungen des Landtags wieder den Charakter annehmen, der wahre Freude am parlamentarischen Leben aufkommen läßt und die wesentliche Einigkeit der Parteien untereinander wie mit der Regierung für die Folgezeit verbürgt.

In dieser Einigkeit wird unser Parlament eine entscheidende Macht für die Neugestaltung Deutschlands werden. Wir haben jetzt eine friedliche Arbeit vor uns. Was auch vom Auslande her gesürchtet werden mag, es werden immerhin nur Drohungen und Rodomontaden sein, die sei es aus Ostreich, sei es aus Frankreich zu uns herüber dringen; eine wirkliche Gefahr liegt in diesen beiden Ländern für Preußen um so weniger, wenn es in sich einig und rüstig mit der Neugestaltung des Bundes vorwärts schreitet.

Ostreich bedarf, um zu Kräften zu kommen, langwieriger Reformen, seine Armee-Reorganisation und die Einführung des Hinterladungsgewehrs sichert ihm noch keine Erfolge gegen Preußen; fünfzig Jahre genügen kaum, um seinen Soldaten so zu erziehen, daß er dem preußischen ebenbürtig werde. Wir wollen aber gar nicht alle die Momente beleuchten, die dafür sprechen, daß bei der neuen Organisation Ostreichs, den centrifugalen Neigungen seiner Volksstämme, die geistige Gesamtentwicklung auch in der nächsten Zukunft nur sehr spärlich wachsen wird.

Und Frankreich — sein Kaiser soll an der Verjüngungsquelle in Biarritz erklärt haben, er fühle sich, als ob er hundert Jahre auf seinem Scheitel trüge. Es mag die Wahrheit sein; die Unternehmungslust Louis Napoleons ist am Ende, und wenn er heimgeht, wird in Frankreich auch das Geschrei nach der Rheingrenze verstummen. Wie der Kaiser auch jetzt zu der Frage der natürlichen Grenzen stehen möge, das kann doch Niemand verkennen, daß seine Politik in Frankreich wieder Erbogen- und Anfechtungen den Appetit der großen Nation nach neuen Erwerbungen gestärkt haben. Mit Napoleons Heimgang wird Frankreich für ein Jahrzehnt im Inneren reichliche Arbeit finden.

Darauf beruht unsere Hoffnung, daß Deutschland die Ruhe, die es augenblicklich vielleicht nur dem Geschick unseres Premier verdankt, in

Zukunft in den eignen Verhältnissen unserer Nachbaren verbürgt sehen, und demnach ungehindert sich selbst wird leben können. Dann ist die Zeit, daß unsere moralischen Eroberungen, die auf den Schlachtfeldern begonnen haben, ihre reellen Früchte zeigen. Wie schnell hat sich das Urtheil über Preußen gewendet! Als der Krieg begann, versah man in Süddeutschland unsere Soldaten als wendisch-sarmatische Halbarbaren, jetzt bezeugen Deutschland und Welschland einmuthig, Europa hat keinen humaneren Soldaten als den preußischen. Sollte ein solches Zeugniß uns nicht auch die Sympathie unserer deutschen Feinde gewinnen, die unseren Soldaten im eignen Lande gesehen haben? Und ist denn unsere Armee unser einziger Stolz? Muß nicht auch unsere gesamte Verwaltung, unser Finanzwesen, unser Schul- und Kirchenwesen unseren bisherigen Gegnern in Deutschland, die uns nicht kannten, Achtung einflößen?

Wir dürfen jetzt nur den einen Wunsch hegen, daß unsere Gesetzgebungsmaschine nicht wieder in Stillstand gerathe, und besonders die nächste Session recht reich an Ergebnissen werde, daß unsere Verfassung ein blühender Baum sei, an dem Früchte für ganz Deutschland reisen. Erfüllt sich dieser Wunsch, so wird sich Deutschland, wenngleich noch nicht äußerlich in allen Theilen, aber sicher innerlich mit Preußen verbinden. Wenn es sich bestätigt, so sind mit Bayern und Darmstadt, vielleicht auch mit Württemberg und Baden geheime Schutz- und Trutzblündnisse geschlossen, es wäre dies ein ungemein wichtiger Schritt für die allmäßige Vereinigung Gesamtdeutschlands. Die Verleihung des bairischen Hubertus-Ordens an den Grafen Bismarck ist Beweis, daß man in München wohl die Bedeutung des engeren Anschlusses an Preußen fühlt und daß unser Kabinet es wohl verstanden hat, die richtige Erkenntniß der Interessen des Landes dort hervorzurufen. Gegen die Ordensverleihung als Symptom der Annäherung an Preußen eisert in Bayern nur die klerikale Partei. Wenn diese von Ostreich aufgestachelt, verblendete Gesellschaft einsehen wird, welche Stellung die katholische Kirche in Preußen einnimmt, müssen ihre Vorurtheile doch auch endlich fallen.

Aus der württembergischen Kammer hören wir das bedeutungsvolle Wort, man wolle den Thatsachen Rechnung tragen, demselben Worte begegnen wir in den Spalten des "Wochenblattes des National-Vereins". Gleichzeitig stimmt unsere Presse, und das ist wieder ein Beweis ihrer überlegenen Stellung und ihrer gesunden Auffassung, die Vojung an: Friede mit unseren deutschen Genossen, keine Verhöhnung nationaler Eigenthümlichkeiten, Schonung ihrer Schwächen, damit sich für jetzt wenigstens geistig die volle und ganze Einheit Deutschlands vollziehe. Der Hoffnung darauf dürfen wir Raum geben, den unsere inneren Parteien aufzuhören, und unser Parlament Deutschland künftig das Bild der Einigkeit und der unbedingten Hingabe an die gemeinsame deutsche Aufgabe gewähren wird.

Deutschland.

Preußen. 2 Berlin, 27. September. [Die österreichische Untersuchungs-Kommission und General Gablenz; die österreichischen Reformen.] Die ersten Schritte zu einer durchgreifenden Reform des österreichischen Heer- und Staatswesens dürfen wirklich als recht hoffnungreich betrachtet werden. Das Ergebniß der über das Verhalten der einzelnen österreichischen Führer während des letzten Krieges niederge setzten Untersuchungs-Kommission vermag so recht einen Anhalt dafür zu bieten. Alle diese Generäle, Benedek, der so hart beschuldigte Clam und Gallus, Edelsheim, Ramming und ebenso die Chefs der einzelnen Stäbe sind mit Ehren unter den auf sie gehäuften Anklagen hervorgegangen und schließlich darf als der einzige Schuldige von ihnen Allen zugleich der einzige österreichische General erachtet werden, welcher sich rühmen kann, über die Preußen an dem ersten preußischerseits unglücklichen Tage von Trautenau einen Vortheil davongetragen zu haben, nämlich Gablenz. Wenigstens hat dieser allein seine Demission einreichen müssen, welche auch sofort angenommen worden ist. Man muß gestehen, daß ein solches Resultat jener Untersuchung wohl von Niemandem erwartet werden durfte; denn nach dem einstimmigen Zeugniß seiner Gegner hat gerade dieser österreichische Heerführer auch an dem zweiten für ihn unglücklichen Tage von Trautenau und bei Königsgrätz das Menschenmögliche gethan, die Niederlage von den österreichischen Fahnen abzuwenden. Es scheint freilich bei seinem Entlassungsgegisch noch ganz andere Umstände als sein militärisches Verschulden mitgewirkt zu haben. Schon vor dem Kriege wurde Gablenz angeblich wegen seiner Hinniebung zu Preußen vielfach verdächtigt und angefeindet. Es wurde namentlich von ihm behauptet, daß er den Ausgang des letzten Kampfes vorausgesagt habe. Das wäre nun freilich eine strafbare Vorwürfe gewesen und er würde durch die stattgehabten Ereignisse gerechtfertigt dastehen. Allein es wurde daneben auch noch von ihm behauptet, daß er wiederholst auf die immensen finanziellen Hülfssquellen hingewiesen habe, welche Ostreich in den Kloster- und Kirchengütern noch besitzt und er soll es bei verschiedenen Gelegenheiten ausgeprochen haben, daß nur eine Aneignung dieses todteten Besitzes Seitens des österreichischen Staats, wie überhaupt der Bruch mit dem Pfaffenregiment Ostreich in eine bessere Lage zu versetzen im Stande wäre. Es erscheint deshalb bei der Verrottetheit der österreichischen Zustände auch nur zu wahr scheinlich, daß diese ihm zur Last gelegten Neuerungen bei seinem Fall das eigentlich treibende Motiv gewesen sind. In Ostreich ist wenigstens Aehnliches schon früher dagewesen, und man braucht dabei nur, um gleich eins der eindrucksvollsten Beispiele hervorzuheben, auf den ruhmgekrönten Sieger von Starkach, vom Tagliamento und Aspern, auf den Erzherzog Karl zurückzugreifen, dessen Sturz nach dem Jahre 1809 ja durch eine beinahe ganz gleiche Ursache bedingt wurde. Welcher Geist durch die erlittenen Niederlagen in Ostreich zur Alteingeltung gebracht sein muß, davon liefert zugleich die andere kleinliche Maßregel einen Beleg, wonach die sieben an den König Wilhelm und an preußische Prinzen oder Generäle verliehenen Regimenter bis auf Weiteres die Namen ihrer Inhaber nicht mehr führen sollen. Vor dem Kriege hätte dieser kaiserliche

Befehl allenfalls einen Sinn gehabt, aber jetzt nach demselben läßt sich daran in der That doch kaum noch der Maßstab einer Beurtheilung anlegen. Und ein Staat wie dieser will nicht nur, denn der freie Wille dürfte allerdings nur gering sein, sondern er muß unbedingt im Heere wie in allen Zweigen der Verwaltung, in der gesamten innern und äußern Politik die umfassendsten und durchgreifendsten Reformen ausführen. Er muß, weil er sich sonst neben Preußen unmöglich behaupten kann, und weil die Entscheidung der nationalen Fragen auch für die österreichischen Kronländer sonst unbedingt an diesen letzten Staat übergegangen sein würde. Anfangs wie die bisherigen vermögen zu dem Gelehrten dieser Reformen freilich nur ein geringes Vertrauen zu erwarten.

■ Berlin, 26. Septbr. Beide Häuser des Landtages befanden sich heute in der Reisestimmung und es hat immerhin etwas für sich, daß man im Abgeordnetenhaus heute schon die Geschäfte abwickeln wollte. Im Herrenhause fanden sich die Mitglieder sehr langsam und nicht einmal deutlich ein, denn die beschlußfähigen 60 Mann werden mit genauer Mühe und Noth zusammen gewesen sein und wichtig genug war die Sache doch! Es ereignete sich dabei der ganz gewiß komische Fall, daß die Geschäftsordnungskommission einen schriftlichen Bericht über den Vertragungs-Antrag der Regierung erstattet hatte, welcher — erst heute Vormittag eingebracht wurde, also es ging hier der Kommissionsbericht der Vorlage voran. — Mit ziemlicher Gewissheit verlautet, daß im nächsten Etat, welcher dem Landtage im November vorgelegt werden soll, eine Position betreffend die Gewährung von Repräsentationsgeldern für die Präsidenten beider Häuser des Landtages sich befinden soll. Es hat sich ein Bedürfnis dafür offenbar herausgestellt und die Zustimmung des Abgeordnetenhauses ist mit Sicherheit zu erwarten.

— Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält:

- 1) das Gesetz wegen Erhöhung des Einzugskapitals der königlichen Bank um 5 Millionen Thaler; vom 24. Septbr.;
- 2) eine königliche Verordnung wegen Vergabung der beiden Häuser des Landtages von heut bis zum 12. Oktbr. d. J.; vom 26. Septbr.

Die „Prov. Vorw.“ schreibt: Der Kurfürst von Hessen hat sich in Folge eines mit Preußen getroffenen Abkommens entzlossen, seine bisherigen Untertanen und insbesondere seine Truppen und Beamten ihres ihm geleisteten Eides zu entbinden. Obgleich unser König nach völkerrechtlichem Herkommen in alle Rechte des früheren Landesherrn tritt und jeder wohlgesinnte Bürger Kurhessens augenblicklich in der Lage war, dem neuen Herrn die treuen Gehorsam und redliche Pflichterfüllung zu geloben und zu leisten, so hat Sr. Maj. Regierung doch Werth auf ein Abkommen gelegt, durch welches allen etwaigen Bedenken begegnet und selbst dem angsthaftesten Gewissen volle Beruhigung gewährt wird.

Der Herzog von Meiningen hat durch eine Kundmachung vom 20. d. Mts. dem Throne entzagt und seine Rechte auf den Erbtronen übertragen. Bekanntlich waren die Unterhandlungen zwischen Preußen und Meiningen an der Unwillkürigkeit des Herzogs gescheitert. Durch seinen Rücktritt ist das Hindernis beseitigt, welches dem Anschluß Meiningens an den Norddeutschen Bund bisher im Wege stand. Sein Nachfolger (Erzprinz Georg, Gemahl der verstorbenen Prinzessin Charlotte, Tochter des Prinzen Albrecht von Preußen) hat sich den Aufgaben des deutschen Vaterlandes mit offeinem Sinn und lebendiger Theilnahme zugewandt. Es sieht daher zu hoffen, daß er gern die Hand dazu bietet, ein gutes Einvernehmen mit Preußen herzustellen und zu erhalten.

Seit Kurzem wird mit großer Hartnäckigkeit das Gericht verbreitet, daß die Unterhandlungen zwischen Preußen und Sachsen zu einem Ergebnis gelangt seien, welches den Wünschen der sächsischen Politik wesentliche Zugeständnisse mache und Sachsen sogar eine bevorzugte Stellung vor den andern Staaten des Norddeutschen Bundes einräume. Derartige Angaben entbehren jeglicher Begründung.

Die Forderungen, welche Preußen als Bedingung eines Friedensschlusses mit dem sächsischen Königshause gestellt hat, sind durch die Natur der Dinge geboten und haben einzigt den Zweck, zuverlässige Bürgschaften gegen die Wiederkehr von Gefahren zu erlangen, welche beim Ausbruch des jüngsten Krieges die Sicherheit Preußens und die Stellung Nord-Deutschlands bedrohten. Preußen darf diesen Zweck unter keinen Umständen aus dem Auge verlieren, und ein Friedensschluß steht daher gewiß nicht eher in Aussicht, als bis die notwendigen Bürgschaften von Seiten Sachsen zugestanden sind.

— Dem „H. C.“ wird aus Berlin telegraphiert: In sonst wohlunterrichteten Kreisen verlautet, daß des Grafen von Bismarck geschwächte Gesundheit auf dringenden ärztlichen Rath eine Fernhaltung von allen Geschäften und einen vielleicht mehrmonatlichen Aufenthalt in einem südländlichen Klima, es heißt in Italien, notwendig machen werde.

— Der Ministerpräsident Graf Bismarck, welcher gestern noch eine längere Unterredung mit dem Könige hatte, ist heute Morgens auf einige Wochen zur Erholung nach Karlsruhe abgereist. Auf dem Bahnhof verabschiedete sich der Geheime Legationsrath v. Kneudell, der Graf v. Bismarck-Böhlen rc.

— Für die in dem beendeten Kriege amputirten Soldaten sorgt das Kriegsministerium bei Beschaffung künstlicher Gliedmaßen auf das ausreichendste und angemessenste. So ist angeordnet worden, daß die Amputirten aus dem Bereiche des ersten (preußischen) Armeeförderung mit künstlichen Gliedmaßen nach dem Garnisonlazarethe in Königsberg, die des Gardekorps, zweiten (pommerschen) und dritten (brandenburgischen) Armeeförderung nach dem Garnisonlazarethe in Berlin, die des vierten (sächsischen) Armeeförderung nach dem Reservelazarethe in Weizenfels, die des fünften und sechsten (posenschen und schlesischen) Armeeförderung nach dem Garnisonlazarethe in Breslau, die des siebten (westfälischen) Armeeförderung nach dem Reservelazarethe in Hamm und die des achten (rheinischen) Armeeförderung zum größeren Theile nach dem Garnisonlazarethe in Düsseldorf, zum kleineren Theile nach dem Garnisonlazarethe in Aachen dirigirt werden sollen.

Magdeburg, 25. September. Der General der Infanterie und Generalgouverneur von Sachsen, Herr v. Schack, welcher erst vor einigen Tagen wegen Krankheit seine hohe Stelle in Dresden aufgegeben hatte und hierher zurückgekehrt war, ist heute Nachmittag seinen Leiden erlegen. (Am 16. d. M. feierte derselbe hier in Magdeburg das 50jährige Jubiläum seiner Vermählung.)

Hannover, 24. September. Am 21. September fanden spät Abends zur Feier des Kronprinzen Geburtstages noch einige Kuhställe statt, indem der Pöbel einigen Kaufleuten, welche preußische Pickelhauben vor den Fenstern ausgestellt oder sich geweigert hatten, weiß-

gelben Sand zu streuen, die Schaufenster einwarf. Ein Paar Pikets Soldaten säuberten bald die Straßen. Die Absicht dieses Unfugs war schon den Tag zuvor ausgesprochen worden, und so erschien es nur wunderbar, daß die Polizei keine Vorkehrungen getroffen hatte, um diese armen Leute zu schützen. — Die preußische Regierung wird den hannöverschen Offizieren allerdings ihre Gehälter fortwährend auszahlen lassen, sie aber nicht eher zum Übertritt in die preußische Armee auffordern, als bis der König Georg V. sie ihres Fahnenreides entbunden haben wird. — Ein Paar dientstreifige, welsch gesinnte Kronanwaltschaften verfolgen neuerdings mit großem Eifer Majestätsbeleidigungen, welche gegen Georg V. ausgesprochen worden. Dieselben Kronanwaltschaften hatten auch schon in reisliche Erwägung gezogen, ob man die Unterzeichner von Adressen für die Annexion nicht wegen Hochverrats in Untersuchung ziehen solle, als die Annexion vorlage König Wilhelms sie doch einigermaßen bedenklich mache.

Die Offiziere der vormaligen hannöverschen Armee beabsichtigen Georg V. als ihrem früheren Kriegsherrn ein Album mit ihren photographischen Porträts zu übersenden. — Die Krankheit desselben, welche der "Hb. Corr." meldete, wird vom "Tgl." in Abrede gestellt. Ebenso widerufen Wiener Blätter ihre früheren Angaben, daß Georg V. bleibenden Aufenthalt bei Wien nehmen wolle. — Professor Maxen, der Lehrer des Staatsrechts für Prinz Ernst August, ist der "D. Nds. Tgl." zufolge nach Wien abgereist, um dort seine Vorträge wieder aufzunehmen.

Frankfurt a. M., 25. Septbr. Dass man von der Idee, hier eine Filiale der Preussischen Bank zu errichten, vorerst abgesehen hat, liegt in dem durchgängig niedern Stande des hiesigen Diskontos durch die übermäßige Größe des flüssigen Kapitals. Ein hiesiger Börsenbericht macht in dieser Beziehung noch folgende Bemerkung: "Für unsern Platz könnte die Errichtung einer mit bedeutenden Mitteln dotirten preußischen Bankfiliale nur vortheilhaft sein. Ob aber auch für die Filiale selbst, das ist eine Frage, über welche der als Kapazität im Bankwesen bekannte Präsident v. Dethend nach den über die hiesigen Geldverhältnisse gewonnenen Informationen, sicherlich schon mit sich im Reinen sein wird."

Hessen. Mainz, 24. September. Heute Morgen marschirten mehrere hundert Landwehrmänner und Reiterdivisionen des königlich preußischen 19. Infanterie-Regiments über die Rheinbrücke, um in ihre Heimat, das Großherzogthum Posen, zurückzukehren. Dieselben marschirten bis Höchst zu Fuß, von wo sie in ununterbrochener Fahrt per Eisenbahn nach Hause befördert werden.

Die Untersuchung gegen die Landwehrmänner des 32. Regiments ist auf höhern Befehl suspendirt worden. Dieselben werden morgen in ihre Heimat instruiert werden. — Durch höchste Kabinetsordre ist die Verwaltung der Festung genau nach den preußischen Normen regulirt, d. h. vereinfacht worden. Die Funktionen der Genie- und Artilleriedirektionen werden künftig nur durch den Ingenieur- oder Artillerieoffizier vom Platz wahrgenommen werden. — Die Esparition der Festung hat vorerst mit dem Verbringen der Pulverbörse in die auf den Glacis der Außenwerke befindlichen Friedenspulverbörse und der Entwaffnung der Kaschler Werke begonnen. — Die bayrischen Telegraphenleitung zwischen Mainz, Worms und Bingen sind heute niedergelegt worden. Das preußische Telegraphenbüro wird in die Mitte der Stadt verlegt werden. (Dr. J.)

Kassel, 26. Sept. Die "Hessische Morgenzeitung" sagt: Der an das Gouvernement gerichteten Vorstellung von 12 Ständemitgliedern um Berufung der Landesvertretung für die Zeit des Übergangs zu standes sind weitere 22 Abgeordnete beigetreten. 4 Abgeordnete haben sich außerdem mit dem Antrage, aber nicht mit der Begründung einverstanden erklärt. — Der Bürgerausschuss hat gestern einstimmig beschlossen, den Stadtrath zu ersuchen, am Vollzugstage der Vereinigung Kurhessens mit Preußen die städtischen und öffentlichen Gebäude zu schmücken.

Oesterreich.

Wien, 22. September. Der von dem Fürsten Ghika verhandelten Uebereinkunft zwischen der Pforte und dem Fürsten Karl von Ku-

mänen ist im letzten Augenblicke wider alles Erwarten von dem Fürsten die Ratifikation versagt worden, weil derselbe sich weigert, der Pforte das Recht zuzugestehen, in Bucharest einen Agenten zur Überwachung der Interessen der türkischen Untertanen zu unterhalten, und ferner, weil in jenen Stipulationen das vom Fürsten beanspruchte Recht, die Erblichkeit auch auf Collaterale auszudehnen, so wie Münzen zu prägen und Orden zu stiften, nicht aufgenommen worden ist. Diese Wendung vornehmlich dürfte die österreichische Regierung nun doch veranlassen, an der unteren Donau ein Observationskorps aufzustellen. (Dagegen schreibt die "Wiener Tgl.": "Die Ankunft des Prinzen Karl zu Hohenzollern in Konstantinopel ist sehr nahe bevorstehend, und es wird bereits ein Palast in Jeniköi zu seinem Empfange in Bereitschaft gesetzt. Die streitigen Punkte — unter Anderem das Münzrecht — umfassen nur noch wenige Einzelheiten, deren Regelung keinen großen Schwierigkeiten unterliegt.")

Wien, 26. Sept., Morgens. Die heutige "Wiener Tgl." meldet in ihrem amtlichen Theile: Baron v. Baumgarten ist unter Verleihung des Grosskreuzes des Leopoldordens seiner Stellung als Statthalter Galiziens enthoben und durch den Grafen Goluchowski ersetzt worden; zum Statthalter Böhmen ist Graf Rothkirch-Panthen ernannt. Der Vice-Admiral Tegethoff ist mit der Bestimmung für anderweitige Verwendung im Dienste des Kommandos über die österreichische Eskadre enthoben und an seine Stelle der Linien-Schiffskapitän Polony zum Kommandanten des Eskadre ernannt worden; die Stellung eines Centralkanzlei-Borstandes der Marine-Section im Kriegsministerium hat Wipplinger erhalten. (W. L. B.)

Großbritannien und Irland.

London, 24. September. Der "Daily Telegraph" sagt: Wir sind in der Lage, mittheilen zu können, daß nichts Wahres an dem Gerüchte ist, daß dem heiligen Vater in Malta ein Asyl angeboten worden, oder daß es seine Absicht sei, Rom zu verlassen. — Der "Telegraph" sieht mit großer Zuversicht einer friedlichen und befriedigenden Lösung entgegen; der Papst werde ruhig in Rom bleiben, seiner weltlichen Herrschaft entsagen und den Schutz der italienischen Regierung annehmen. Seine geistliche Herrschaft werde dadurch an moralischer Reinheit und Macht gewinnen, der Katholizismus in eine neue glänzende Ära treten. Diese herrliche Wandlung werde sich im Laufe des kommenden Winters in Rom in Gegenwart vieler Tausenden von englischen Touristen vollziehen, die dem heiligen Vater die hochachtungsvollsten Glückwünsche bringen werden. Aus welchen Quellen der "Telegraph" seine Prophesie schöpft, ist schwer zu sagen. Gewiß ist indeß, daß ein solcher Ausgang ganz England freuen würde.

Über das Befinden des Kaisers L. Napoleon bringt der "Advertiser" folgendes „aus achtbarster und bestunterrichteter Quelle“ stammende vertrauliche Bulletin: „Der Kaiser leidet an Lithiasis. In Vichy fand eine Konsultation darüber statt, ob es gerathen wäre, eine Operation vorzunehmen. Eine Sondierung zeigte jedoch, daß eine Operation höchst schwierig sein würde, und da die ganze physische Konstitution des Kaisers sehr geschwächt ist, wollten die ärztlichen Räthe die Verantwortlichkeit einer Stein-Schnidung oder Zerreißung nicht auf sich nehmen. Man fürchtete, daß der Patient eine solche Operation nicht überleben würde. Der Kaiser erhielt daher den Rath, den Gebrauch der Wasser von Vichy einzustellen und nach St. Cloud zurückzufahren. Die Nachricht, daß Dr. Nélatone eine Operation vorgenommen habe, ist unbegründet.“

Wie man dem "Globe" aus Paris schreibt, beschäftigten sich die dortigen Diplomaten fast mit nichts, als der orientalischen Frage. Die Gesandten Ostreichs, Englands und Preußen werden sich alle in Biarritz einfinden und am Lager des kaiserlichen Patienten über das Schicksal des "franken Mannes" und die Forderungen seiner Doktoren und Erben Rath halten.

Frankreich.

Paris, 26. Septbr. Aus Rom wird vom 24. d. gemeldet, daß Tages vorher die päpstlichen Offiziere und die Offiziere der römischen Legion ein gemeinschaftliches Banquet von 360 Riviers gegeben, dem alle

Sohn des M. Vicinus Krafftus kein Brod, Kardinal keine Eier essen. Ladislaus, König von Polen, ergriff die Flucht, wenn er Apfel sah. Erasmus von Rotterdam konnte keine Fische vertragen; der Marschall d'Albert wurde unwohl, sobald man ein Herkel auftrug. Skaliger zitterte wie Espenlaub, so oft er Brunnenfresse sah. Tycho de Brahe war einer Ohnmacht nahe beim Anblick eines gebratenen Hasen. Der Kardinal Kardonne wurde ohnmächtig beim Geruch einer Rose, auch Maria von Medici, eine Blumenfreundin, konnte eine Rose, selbst in Gemälden nicht sehen; Robespierre ertrug den Geruch von Veilchen nicht.

Dagegen ist ein merkwürdiger Umstand, daß fast alle großen Geister den Kaffee liebten. Voltaire, selbst Friedrich der Große, Linne, Buffon, Talleyrand, Napoleon, Schiller waren starke Kaffeetrinker. Auch Jean Paul soll täglich 8 bis 10 Tassen getrunken und gesagt haben: er kennt keinen besseren Geisteswirksungsmitittel, als Schachspielen und Kaffeetrinken. Wenn mein Freund, der es ihm nachahmt, trotzdem noch kein Jean Paul geworden, so liegt die Schuld gewiß nicht an ihm, sondern vielleicht am Kaffee oder seiner Zubereitung.

Hauptbedingung eines guten Kaffees ist die, daß er glühend heiß sein muß; es gibt nichts Geschmackloses, Empörenderes, als kalter Kaffee und ein kalter Kaffee. Nach Talleyrand muß guter Kaffee schwarz wie der Teufel, heiß wie die Hölle und süß wie die Liebe sein. Neben seine Wirkungen stimmt schon ein alter arabischer Dichter folgenden Hymnus an:

"Kaffee, du Sorgenverdränger, du Erwunschter der Studien, Frank der Freunde Allahs, denen er Gelundheit verleiht, seine Weisheit zu erlangen."

Aus einfacher Bohne bereitet, bast den Duft des Moischus und die Schwärze der Tinte. Der Weise, der den Kaffee schuft und die Tasse leer, erkennt allein die Wahrheit.

Allah! berabe den Unstimmigen des Trans und seiner Gaben, der Kaffee ist unser Gold; in der geselligen Schenkung genießen wir des Umgangs der Edlen und Besten.

Frank, unschuldig wie Milch, nur Dunkel von Farbe."

Die Wirkung der etwa 660 Millionen Pfund Kaffee, welche jetzt jährlich in die Welt wandern, werden unterstützt durch etwa 2300 Millionen Pfund Thee, die ebenfalls jährlich in den Handel kommen. Das Theetrinken wurde erst im Jahre 1636 zu Paris eingeführt; der berühmte Kanzler Seguier brachte es in Auftrag. Ihm zu gefallen, behauptete ein Arzt öffentlich den Satz, "daß der Thee Verstand gebe." Alle andern Ärzte eiserten dagegen. Einige seiner Kollegen gingen so weit, daß sie seine Schrift über diesen Gegenstand verbrannten. Thee mit Milch zu trinken, wurde erst gegen das Ende desselben Jahrhunderts Mode. Frau von Sevigne spricht in einem Briefe an ihre Tochter aus dem Jahre

französischen Generale und die französische Gesellschaft beigewohnt. Graf Montebello brachte einen Toast auf den Papst, Oberst d'Argy auf den Kaiser Napoleon aus. Am heutigen Tage hat der Papst der vor ihm vorbeidefilirenden Legion den Segen ertheilt.

Italien.

Rom, 18. Sept. Oberst d'Argy, der die Legion von Antibus befehligt, hatte heute eine Audienz im Vatikan. Der heilige Vater segt viel Vertrauen in seine Anhänglichkeit, viel Hoffnung auf den moralischen Ausdruck dieses Fremden-Engagements. Die Legion selbst ist noch in Civita-Vecchia in Quarantine. Die Leute sind gut uniformirt, im Allgemeinen wie die Jäger von Vincennes. Sie werden in Viterbo bald Gelegenheit haben, zu zeigen, ob sie im Sinne der päpstlichen Regierung Ordnung zu halten verstehen; denn seit der letzten Tombola, wo die Franzosen einschritten, die Clerikalen zu schützen, ist die Partei der Unzufriedenen dort eben so aufgeregt, als sie durch die demokratische Aktion von jenseit der Grenze her unterstützt wird.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

(12. Sitzung vom 26. September.)

Öffnung 11 Uhr 20 Minuten. Die Tribünen sind leer, die Bänke des Hauses äußerst schwach besetzt.

Am Ministerial: Finanzminister v. d. Heydt, Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, Handelsminister Graf v. Isenpus, Regierungsmiester Wollmar, Justizminister Graf zur Lippe.

Nach den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen läßt der Präsident ein von dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses eingegangenes Schreiben verlesen, worin die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über das Kreditgesetz mitgetheilt werden.

Es erhält darauf das Wort vor der Tagesordnung der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg: Der selbe bringt denselben Antrag, den er kurz vorher im Abgeordnetenhaus eingebracht, auf Vertragung des Landtags vom 27. September bis 12. November ein, und verliest denselben nebst den königlichen Ernächtigungen dazu.

Der Präsident erklärt, daß, da er gestern schon um diesen Antrag gewußt, er die Geschäftsordnungs-Kommission schon habe zusammentreten lassen. Dieselbe habe über den Antrag berathen und schlage vor, dem Antrag zuzustimmen.

Das Haus tritt ohne Debatte dem Antrag einstimmig bei. Darauf verliest der Minister des Innern Graf zu Eulenburg die königliche Verordnung, betreffend die Vertragung des Landtags vom 27. September bis 12. November.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

Zunächst wird das in der letzten Sitzung zum Invalidengesetz gestellte Sende ich Amendment zu der von der Kommission vorgeschlagenen Reformation in nochmaliger Abstimmung angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz-Kommission über die Darlehnssachen.

Die Kommission schlägt vor, dem betreffenden Gesetzentwurf, wie er im Abgeordnetenhaus angenommen, die Zustimmung zu erteilen.

Referent Herr Mediven motiviert denselben durch Vorlesung einer Rede, in der er seine Anerkennung über die auswärtige Politik der Regierung ausdrückt.

Herr Dr. Dernburg macht einige allgemeine Betrachtungen über die früheren Konflikte des Abgeordnetenhauses mit der Regierung und freut sich über die Beilegung derselben.

Herr v. Medingen befürwortet die Annahme der in der Kommission gefallenen Reformation, worin der Staatsregierung der besondere Dank des Hauses für die durch die Gründung der Darlehnssachen dem Lande gewährte überaus wichtige Hilfe ausgesprochen wird.

Herr v. Senfft-Pilsach schlägt sich dem Vorredner an und stellt den bestimmten Antrag auf Annahme der Reformation.

Der Berichterstatter, Herr Mediven, empfiehlt einfach die Annahme des Kommissionen-Antrages.

Die Generaldisputation wird darauf geschlossen und die einzelnen Paragraphen des Gesetzes, sowie schließlich das ganze Gesetz, ohne Debatte angenommen. Darauf wird die Debatte über die beantragte Resolution eröffnet. Nachdem dieselbe durch Herrn v. Waldam mit wenigen Worten empfohlen worden, wird sie angenommen.

Finanzminister v. d. Heydt: Meine Herren! Ich fühle mich gedrungen, Namens der Staatsregierung dem hohen Hause den Dank auszusprechen, für die gerechte und warme Anerkennung, die Sie einer Maßregel angedeihen lassen, welche die Regierung in ernster Zeit in vollem Bewußtsein gewirkt hat.

1680 von dieser Mischung als von einer Erfindung der Marquise La Sallière, und räth ihrer Tochter, die täglich Kaffee trank, sich den selben gleichfalls mit Milch zu mischen. Einige Personen rauchten auch damals Thee, wie man Tabak raucht.

Die bekannte Bayaroise, ein in Paris aufgekommenes Getränk, datirt aus dem Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts. Einige Prinzen aus Bayern kamen nach Frankreich und tranken ihren Thee häufig in dem ältesten Kaffeehaus, dem Café Procope zu Paris. Sie ließen ihn sich in kristallinen Karaffen geben und statt des Zuckers Syrop de Cypaire darunter mischen. Dieses Getränk nannte man nach dem Vaterlande der Prinzen Bayaroise. Später ließ man den Syrop hinweg, weil man fand, daß er dem Thee etwas von seinem angenehmen Geruch und Geschmack raubte; man versüßte ihn statt dessen durch geläuterten und zur Shruppsdicke eingekochten Zucker.

Die Chocolade war, in ihrem ersten Ursprunge, bei den Mexikanern eine Art Brei, aus geröstetem Kakaо und Maismehl zusammengelegt und mit einem gewissen Farbenmittel gefärbt; dies nannten sie Chocolade. Nach Andern stammt der Name aus dem Mexikanischen von Cholo (Geräusch) und Latte (Wasser). Die Spanier brachten sie 1520 nach Europa, ließen das Mehl und die Farben weg und thaten dafür Gewürze und Zucker hinz. Erst 1661 kam sie nach Paris. Die berühmteste Chocolade war die von Kadiz; erst nach ihr kam die italienische in Ruf.

Nun noch ein Anecdöthen vom Wein. Im Departement der Marne, bei Epernay, Hautvilliers, Verzy, Verzenay und Mailly grünt die göttliche Champagnerrebe. Der Ruhm dieses mousserenden Weines stammt schon aus dem 14. Jahrhundert. Im Mai des Jahres 1397 kam der böhmische König Wenzel nach Rheims, um mit Karl VI. einen Traktat abzuschließen. Der König von Frankreich bewirthete seinen Gast mit dem köstlichsten Champagner, an dem "König Ivorne" einen so großen Geschmack fand, daß er nur das Champagners wegen der Unterhandlungen (über Beseitigung der damaligen Kirchenspalzung) ungebührlich in die Länge zog. Eine alte Chronik von Rheims erzählt, es sei bei ihm ein Tag ohne Champagnerrausch hingegegangen. — In Ali fand ein Reisender vier kleine Weinbügel, von denen der eine Franz I., der zweite dem Papst Leo X., der dritte dem Kaiser Karl V. und der vierte dem König Heinrich VIII. von England gehörte. Damit ein Monarch dem andern nicht schade, hatte jeder auf seinem Hügel ein kleines Haus hingebaut und einen Aufseher hinein gesetzt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzkommission über die Petition des Nandauer Kreises, betreffend die Grundsteuer-Regulierung. — Das Haus tritt ohne Debatte dem Antrage der Kommission bei, die Petition so lange zurückzulegen, bis der zu erwartende Gesetzentwurf hierüber dem Landtage vorgelegt sein wird.

Die folgenden Gegenstände der Tagesordnung:

Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über:
1) a. den Vertrag zwischen Preußen einerseits und Anhalt andererseits, die Fortdauer des Anschlusses des Herzogthums Anhalt an das Boll- und Steuersystem Preußens betreffend; b. den Vertrag zwischen dem Bollverein und dem Großherzogthum Luxemburg andererseits, wegen Fortdauer des Anschlusses des Großherzogthums Luxemburg an das Bollsystems Preußens und der übrigen Staaten des Bollvertrags vom 20. 12. 1865. Oktober 1865.

2) Ueber den Vertrag vom 14. Dezember 1865 zwischen dem Bollverein und der freien Stadt Bremen, die Fortdauer des Vertrages wegen Beförderung der gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse betreffend, sowie den Vertrag zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen, Oldenburg und der freien Hansestadt Bremen vom 14. Dezember 1865, wegen fernweiterer Suspension der Weizerölle.

3) Ueber den Vertrag zwischen Preußen einerseits und Sachsen-Coburg-Gotha andererseits wegen jüngster Anschlusses des Amtes Volkenrode an das Boll- und Steuersystem Preußens

werden nach den Anträgen der Kommission ohne Debatte dadurch erledigt, daß das Haus seine verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt.

Der lezte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzkommission über den gestern im Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf des Militär- und Marineverwaltung (60 Millionen Kreditgesetz).

Die Kommission beantragt, dem Gesetzentwurf, wie solcher aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, die Zustimmung zu ertheilen.

Berichterstatter Herr von Waldau-Steinböck: Meine Herren! Obwohl die Summe, welche wir heute bewilligen sollen, eine Höhe hat, wie kaum jemals schon bei uns vorgekommen ist, so nehme ich doch keinen Anstand, Ihnen die Bewilligung anzumitschaffen. Denn die finanzielle Seite kommt nur sehr nebenächlich dabei in Betracht, die Vorlage ist, wie dies ja auch die Motive dazu aussprechen, vielmehr wesentlich politischer Natur. Wir stehen noch unter dem frischen Eindrucke der gewaltigen Ereignisse, die über ganz Deutschland ergangen sind; der beste Maßstab dafür ist die gestrige Abstimmung in anderer Hause. Es ist da etwas geschehen, was in den konstitutionellen Annalen aller Staaten bis jetzt unerhört war; in dem Hause, das seit Jahren mit der Regierung in einem scharfen Konflikte über seine konstitutionellen Rechte sich befand, sind nicht nur 27 Millionen durch den Staatsschatz zur Verfügung der Regierung gestellt, sondern man hat noch beschlossen, zur Verfestigung der Summe eine Anleihe aufzunehmen. Es ist hierbei zu bedenken, daß ein gefüllter Staatsschatz jedenfalls eine größere Garantie für die Prätrogative der Krone, über Krieg und Frieden entscheiden zu können, gibt, als der betreffende Artikel der Verfassung. — Ich hoffe deshalb, daß das Herrenhaus einstimmig das Gesetz annehmen wird; denn es steht mir kein Zweck, über die das Volk eine Meinungsverschiedenheit nicht duldet.

Herr v. Below empfiehlt gleichfalls den Kommissionsantrag, indem er auf die großen Erfolge der Regierung in der auswärtigen Politik hinweist.

Herr v. Senfft-Pilsach: Es ist gewiß ein erfreuliches Beichen, daß dies Haus auch diesmal wieder mit so großer Gleichmündigkeit über eine so wichtige Vorlage schließen wird; denn es wird dadurch nicht nur viel Zeit, sondern auch viel Geld gespart, denn jeder Tag kostet dem Lande 2000 Thlr. Was nun die Vorlage selbst anbetrifft, so hat dieses Haus jederzeit anerkannt die außerordentliche Wirtschaftlichkeit unserer Militär- und Marineverwaltung und es wird deshalb zu diesen Zwecken gewiß jederzeit, wenn es nötig ist, die Mittel bewilligen. — Ich möchte nur noch auf das bedeutsame Beichen aufmerksam machen, daß die betreffende Regierungsvorlage das Datum „Nikolsburg“ trägt.

Herr v. Mevissen befürwortet gleichfalls den Kommissionsantrag und sieht dabei die Vorteile der Schabscheine auseinander.

Berichterstatter v. Waldau: Um Mißverständnisse zu vermeiden, will ich nur noch bemerken, daß meine vorhin gehaltenen Aeußerungen über den Mißgutung im Hause der Abgeordneten durchaus keinen Vorwurf, sondern im Gegenteil eine Anerkennung dafür enthalten sollten, daß man nun endlich darin gekommen ist, den Wunsch realer Verhältnisse anzuerkennen und den prinzipiellen, fruchtbaren und für das Land schädlichen Kampf um wirkliche oder vermeintliche konstitutionelle Rechte aufzugeben.

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen und das Gesetz in seinen einzelnen Sätzen sowohl wie im Ganzen ohne Debatte einstimmig angenommen.

Es erhält daran das Wort:

Herr v. Frankenberg-Ludwigsdorf: Meine Herren! Als ältestes Mitglied dieses Hauses habe ich immer die Ehre haben dürfen, dem Herrn Präsidenten meinen Dank auszusprechen. Erlauben Sie, daß ich von dieser hergebrachten Sitte auch heute Gebrauch mache. Die große Wichtigkeit des Angelegenheiten, über die wir berathen haben, bat die ganze Wirksamkeit des Präsidenten in Anspruch genommen, und es hat deshalb jederzeit mit seiner bekannten Thätigkeit und Umsicht die Interessen des Hauses wahrgenommen. Von dem Augenblicke an, wo er zum ersten Male den Präsidentenstuhl bestieg, haben wir dies mit grossem Dank anerkennen können. — An diesen Dank möchte ich aber noch einen zweiten Dank knüpfen für eine Wirklichkeit, die allerdings außerhalb der Grenzen dieses Hauses liegt, die aber das Vaterland und also auch uns angeht. In dem kürzlich beendeten Kriege hat nämlich unser Herr Präsident als königlicher Kommissarius für die freiwilligen Militär-Sanktuarialen auf die Pflege der auf dem Schlachtfelde verwundeten und erkrankten Krieger eine solche Sorgfalt und Mühe verwandt, wie es in einem Kriege noch nie vorgekommen ist. Als wir im Anfange dieser Saison Sr. Majestät dem Könige die Adresse überreichten, sprach der selbe selbst aus: „Der Graf Stolberg hat auf dem Schlachtfelde außerordentlich geleistet“. Meine Herren, sagen auch wir dem auszeichneten Mann für die außerordentlichen Leistungen unseres Dank, damit er in unserem Lande und in allen anderen Ländern tausendfach wiederholt. Für einen edlen, mit Willenskraft ausgezeichneten Mann gibt es kein schöneres Gefühl, als das Bewußtsein, Gutes geleistet zu haben und noch leisten zu dürfen; möglicherweise noch lange in ungeschwächter Männestraße dieses Gefühl erhalten bleiben. Um diesen Wunsch auszudrücken, bitte ich Sie, meine Herren, sich zu Ehren des braven und treuen Mannes von Ihren Plänen zu erheben. (Das Haus erhebt sich.)

Präsident v. Eberhard zu Stolberg-Wernigerode: Meine Herren! Ich sage Ihnen meinen gebrauchten Dank. Alles, was wir thun, gehört ja dem Vaterlande und dem Könige, und für diese beiden handeln zu dürfen, darin ist in der That schon der beste Dank enthalten. — Se. Majestät kommt dreimal in den Ruf ein.)

Schluss der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung am 12. November.

Haus der Abgeordneten.

(23. Sitzung vom 26. September.)

Eröffnung 10½ Uhr. Die Tribünen sind schwach belebt. Am Ministerium der Minister Graf zu Eulenburg, v. Mühlner, v. Selchow und mehrere Regierungskommissare.

Präsident v. Forckenbeck teilt mit, daß der Vertreter des dritten Koblenzer Wahlbezirkes, der Abg. Raffauf, aus Gesundheitsgründen sein Mandat niedergelegt hat.

Von dem Herrn Regierungsrat Bitzmann sind 12 Abdrucke der durch den „Staatsanzeiger“ veröffentlichten Korrespondenzen aus den Hauptquartieren Sr. Maj. des Königs überlandt worden. Ein Exemplar wird der Bibliothek des Hauses einverlebt.

Vor der Tagesordnung verlangt das Wort der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg: Die Vorlagen, welche dem Hause der Abgeordneten zugegangen sind, sind zu großer Befriedigung der Regierung und wie ich hoffe, meine Herren, auch zu Ihrer eigenen Befriedigung erledigt. Aber je fruchtbringender Ihre Berathungen gewesen sind, desto anstrengender waren sie. Sie werden der Erholung bedürfen, die Mitglieder des Staatsministeriums bedürfen derselben in hohem Grade auch. Wir selbst haben zugleich die Verpflichtung die Vorlagen für den nächsten Zusammentritt des Landtages vorzubereiten und bedürfen dazu Zeit. Wir haben den Wunsch, daß der nächste Zusammentritt des Landtages bald erfolge, damit das Budget noch in diesem Jahre berathen werden könnte, haben aber zugleich den Wunsch, daß die Berathungen nicht zu lange dauern, um den Berathungen des Reichstag-

ges des norddeutschen Bundes Platz zu machen. Diese Erwägungen haben die Regierung zu der Ansicht geführt, daß es wünschenswert sei, bei dem nächsten Zusammentritt des Landtages die Berathungen desselben so schenig als möglich beginnen zu lassen, und zu diesem Zweck erschien es ratsam und angemessen, nicht eine Schließung des Landtags jetzt erfolgen zu lassen und dann alle die Formalitäten wiederholen zu müssen, welche bei dem neuen Zusammentritt des Landtags zu erfolgen haben, sondern eine Vertragung einzutreten zu lassen, die, da sie nach dem Vorbergesagten länger als vier Wochen dauern müßt, der Zustimmung der Häuser des Landtags bedarf. Die königl. Staatsregierung hat deshalb bei Sr. Majestät dem Könige den Antrag gestellt, dieselbe zu ermächtigen, bei dem Hause der Abgeordneten diese Zustimmung zu erbitte. (Der Herr Minister verliest die vom gestrigen Tage datirte königl. Ermächtigung und den an das Haus gerichteten bezüglichen Antrag des Staatsministeriums d. d. 26. September.) Ich bemerke erläutert, daß, wenn in den Schriftstücken die Vertragung vom 27. September bis zum 12. November bezeichnet wird, das Staatsministerium dem Herrn Präsidenten anheimstellt, ob er morgen noch Sitzung halten will, und daß am 12. November der Landtag wieder zusammentritt. Die geschäftliche Behandlung der Angelegenheit stelle ich dem Herrn Präsidenten ergeben anheim, wünsche aber dringend, daß ein Besluß noch heute gefaßt werde, weil, wenn das Herrenhaus, dem heute dieselbe Vorlage zugeht, ihr seine Zustimmung ertheilt, ich in der Lage zu sein hoffe, die königl. Entschließung noch heute verkünden zu können.

Präsident v. Forckenbeck: Der Besluß des Hauses muß der Natur der Sache nach schleunig verbeigeführt werden. Präcedenzfälle liegen nicht vor und einen Aufhalt in der Geschäftsordnung habe ich auch nicht. Da sich aber ein Widerpruch gegen die vorgeschlagene Vertragung, wie ich hiermit konstatiere, aus der Mitte des Hauses nicht erhebt, so konstatiere ich hiermit, daß das Haus die vorgeschlagenen Vertragung Zustimmung giebt. (Heiterkeit.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich ersuche nunmehr den Herrn Präsidenten in der Tagesordnung fortzufahren, und wenn dieselbe etwa erledigt sein sollte, ehe ich zurückkehre, die Sitzung wieder aufzunehmen zu wollen, sobald die königl. Entschließung erfolgt sein wird, die ich dann dem Hause sofort mittheilen werde. (Der Herr Minister verläßt den Saal.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert der Präsident daran, daß das Haus drei neue Mitglieder der Staatschuldenskommission zu wählen hat, da das Mandat der im Dezember 1863 gewählten durch die inzwischen erfolgte Auflösung des Hauses erloschen ist. Es fragt sich, ob diese Neuwahl heute Nachmittag 1 Uhr oder Morgen Vormittag 10 Uhr in einer besonders anberaumten Sitzung erfolgen soll. Abg. Stavenhagen ist dafür, daß die Wahl morgen stattfinde und zugleich der Bericht der Budgetkommission über den Bericht der Staatschuldensverwaltung auf die Tagesordnung gesetzt werde. Die Erledigung dieses Berichtes sei vom größten Interesse, damit die im Depositum vorhandenen Dokumente vernichtet und die schon seit mehreren Jahren den Erben der betreffenden Beamten vorbehaltene Rationen, den selben endlich überliefert werden können. Abg. v. Hoverbeck fürchtet, daß das Haus morgen durch Abreise vieler Mitglieder, die heute durchaus abreisen müssen, verschwunfähig sein könnte. Abg. v. Vincke (Hagen) will auch den Schein vermieden haben, als ob die parlamentarischen Pflichten, die doch für jeden in diesem Augenblick die beiligsten und wichtigsten, hinter persönlichen Bequemlichkeiten zurücktreten könnten. Nachdem Abg. v. Hoverbeck die Aussicht für sich abgelehnt, wird eine besondere Sitzung auf morgen 10 Uhr anberaumt.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Ihr erster Gegenstand sind Wahlprüfungen.

Abg. Runge berichtet über die Wahlen der Abg. v. Selchow und Graf Dohna (Gedenken) in längerer, jedoch wegen der im Hause herrschenden Unruhe unverständlich Ausführungen. Die Abteilung beantragt, die Wahlen für auffällig zu erklären und das Haus tritt diesem Antrage bei.

Abg. v. Waligorski berichtet Namens der 2. Abteilung über die Wahlen der Abg. v. Hoppel und v. Brandt.

Es sind mehrere Proteste gegen die Gültigkeit dieser Wahl eingelaufen wegen Wahlbeeinflussung Seitens des Oberregierungsraths v. Siehr und des Landrats Frenzel. So soll der Landrat Frenzel die Landwehrleute dadurch zum Stimmen für die Regierungskandidaten bewegen haben, daß er denen, welche dies thäten, versprochen, sie im Falle ihrer Einziehung zum Militär zu reklamiren; der Oberregierungsrath v. Siehr, auf mehrwöchentlichen Rundreisen durch die Provinz, namentlich die Lehrer durch Drohungen zur Stimmbgabe im regierungsfreudlichen Sinne zu bewegen gesucht haben.

Die Abteilung beantragt: 1) die Wahl für gültig zu erklären, 2) folgende Resolutionen anzunehmen: „Das Haus der Abgeordneten wolle bekräftigen, die königl. Staatsregierung aufzufordern, das Wahlreglement vom 18. Mai 1861 dahin abzuändern, resp. zu ergänzen, daß die Reihenfolge der Abstimmung bei den Wahlmännerwahlen nach allgemeinen Grundsätzen festgestellt wird.“

Abg. v. Hoverbeck stellt den Antrag, 1) die Wahlen der beiden Abgeordneten zu beanstanden, 2) eine gerichtliche Untersuchung über die Wahrheit der in den Protesten behaupteten Thatachen eintreten zu lassen.

Der Berichterstatter v. Waligorski erklärt, daß die Abteilung sich mit der Frage beschäftigt habe, jedoch zu der Überzeugung gekommen sei, daß, wenn auch die Beeinflussung der betreffenden Wahlmänner-Wahlen konstatirt werde, dies doch auf die Gültigkeit der Abgeordnetenwahl in diesem Falle keinen Einfluß habe.

Abg. v. Vincke (Hagen) erklärt sich gegen den Antrag des Abg. v. Hoverbeck, da in demselben kein bestimmtes näher zu unterliechendes Tatatum speziell angegeben sei.

Abg. Lefèvre spricht namentlich über die Beeinflussung der Lehrer Seitens des Regierungsraths von Siehr und verliest zur Konstatirung desselben aus der Volkszeitung vom heutigen Tage einen Auftruf des fehlenden Abgeordneten Rechtsanwalt Martini um milde Beiträge für einen Lehrer des dortigen Kreises, der wegen seiner Abstimmung bei den letzten Wahlen seines Amtes entfehlte.

Abg. Graf Westarp konstatiert zunächst, daß der wesentliche Inhalt des einen Protestes unwahr ist, was schon daraus erhebt, daß der Landrat Frenzel diejenigen Personen, welche diese Beschuldigung gegen ihn ausgesprochen, dem Staatsanwalt wegen Verleumdung denuncirt habe; sodann aber, daß in Ostpreußen eine organisierte Protestmacherei bestände und daß diese Proteste zum Theil in Berlin selber fabriziert würden. Auch vorliegender Protest sei angeblich bestellte Arbeit, zusammengeflickt mit Hülfe des Spionenystems, das die liberale Partei gegen die konervative errichtet. Im Gegenteil, gerade von Seiten der liberalen Partei fänden Wahlbeeinflussungen in sehr ausgedehntem Maße statt und die dabei angewandten Mittel seien lebensgefährliche Drohungen und rohe Gewalt.

Abg. v. Hoverbeck fordert den Vorredner auf, Beweise für seine Behauptungen beizubringen, und macht darauf aufmerksam, daß gerade im Interesse der Angeschuldigten eine gerichtliche Untersuchung wünschenswert sei.

Abg. Lefèvre beantragt, die Untersuchung auf die Beeinflussung auszudehnen, welche der Regierungsrath Siehr auf die Schullehrer ausübt hat.

Abg. Kosch: Wenn aus Ostpreußen mehr Proteste einliefern, als aus anderen Provinzen, so liege das daran, daß Ostpreußen seit langen Jahren ein Feld sei, worauf die Reaktion hauptsächlich ihr Augenmerk gerichtet habe, und daß dort, namentlich bei den Wahlen Maßregeln vorgenommen wären, die in anderen Provinzen unerhört seien.

In demselben Sinne äußert sich der Abg. Dr. Techow.

Nachdem noch die Abg. Heise, Dr. Lüning, Eulenburg und Krieger (Goldap) sich kurz auslassen, wird Schluss der Diskussion beantragt und angenommen.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen der Abg. Frenzel, Westarp, Lefèvre und Lüning und ein kurzes Résumé des Berichterstatters Abg. v. Waligorski, worauf der Antrag der Kommission, die Wahlen der Abg. v. Brandt und v. Hoppel für gültig zu erklären, mit 135 gegen 122 Stimmen abgelehnt wird. Die Anträge auf Beanstandung der Wahlen und die Anordnung der gerichtlichen Vernehmung, so wie die von der Abteilung beantragte Resolution werden darauf angenommen.

Der Herr Minister des Innern ist inzwischen in das Haus zurückgekehrt und, nachdem das Herrenhaus den Antrag auf Vertragung seinerseits ebenfalls genehmigt hat, in der Lage die königliche Verordnung vom heutigen Tage zu verlesen, durch welche mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der 27. September bis zum 12. November d. J. verlängert wird. Während der Verlehung der Verordnung erheben sich die Mitglieder des Hauses von ihren Sitzen.

Es folgt eine Reihe von Berichten über Wahlprüfungen, die kein wesentliches Interesse darbieten und durchweg mit Anerkennung der Gültigkeit

schlafen. Zu erwähnen ist nur, daß auch die Wahl des Abg. Schollmeyer ohne irgend welchen Widerpruch für gültig erklärt wird.

Endlich referiert Dr. Becker als Berichterstatter der Kommission für Handel und Gewerbe über die Petition des Lieutenants und Bürgermeisters Burgas zu Dislaken um Bestellung zum außergerichtlichen Auktionator. Das Haus tritt ohne Diskussion dem Antrage, die Petition der Staatsregierung zur nochmaligen Erwähnung zu überweisen, mit großer Majorität bei.

Schluss 1½ Uhr. Nächste und letzte Sitzung Donnerstag den 27. September 10 Uhr. (Tagesordnung: Wahlen für die Staatschuldensverwaltung für die Jahre 1862—1864. Wahlprüfungen.)

Berichtigung. In der Rede des Ministerpräsidenten Gr. v. Bismarck über die Kreditvorlage in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. d. M. ist zu lesen: „Ich habe die Bitte an Sie zu richten, die Vorlage weniger vom redungsmäßigen (nicht verfassungsmäßigen), als vom politischen Standpunkte aufzufassen.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 27. September.

— [Schwurgericht.] Sitzung vom 24. September. — Die l. Staatsanwaltschaft ist vertreten durch den Gerichtsassessor Kunig. Zur Verhandlung kam 1) die Anklagefläche wider den Schuhmacherlehrling Michael Dabrowski und den Tagelöhner Franz Bartkowiak wegen schweren Diebstahls und wider den Tagelöhner Wawrzyn Dabrowski, den Schuhmacherschüler Wladislaus Schulz und den Fuhrmann Wilhelm Bäbold, sämtlich aus Schrimm, wegen schwerer Diebstahl. Michael Dabrowski, der Hauptthäter, ist erst 18 Jahr alt und wurde wegen Diebstahls 4 Mal, zum ersten Mal in seinem 10. Lebensjahre mit Gefängnis bestraft worden. Er ist heute auf der Anklagebank nicht sichtbar, vielmehr nach einer Mitteilung des Vorsitzenden aus der Untersuchungshaft entflohen, noch bevor ihm die Anklage behängt worden. Das Verfahren gegen ihn mußte somit ausgelegt werden. Der andere Hauptangestellte, Franz Bartkowiak war, was seine Person und Thätigkeit anbelangt, heute gestrandet, wie er es auch in der Voruntersuchung bereits gewesen war; während er aber früher auch bezüglich der Mitangestellten Wawrzyn Dabrowski und Schulz, übereinstimmend mit den Bürgern, die beide ihn früher einmal gemischt hatten, zu rächen. Bezuglich seiner wurde, nachdem allseitig durch sein Bürgerschaft die Thatfrage für ihn als erledigt erachtet und mildende Umstände auf Antrag seines Vertheidigers, Rechtsanwalt Bielek, als vorhanden angenommen worden waren, ohne Mitwirkung der Geschworenen verhandelt. Die anderen drei Angeklagten leugneten eine jede direkte oder indirekte Beteiligung an dem in Rede stehenden Diebstahl und zwar Bäbold auf eine wirklich freche und unverdächtige Weise.

Der Sachverhalt, wie er sich aus den ursprünglichen Geständnissen der beiden Hauptthätern Michael D. und Bartkowiak, so wie den Aussagen der vernommenen Zeugen herausstellt und wie ihn auch die Anklage schilderte, war kurz folgender:

In der Nacht vom 17. zum

bewunderungswürdig freche Weise sich herauszudrehen suchte, wurde durch die erfolgte Beweisaufnahme vollständig überführt. Nachdem diese geschlossen und die Staatsanwaltschaft bezüglich aller 3 Angeklagten das Schuldig der schweren Hehlerei beantragt hatte, plaidirten der Vertheidiger des Wawrzyn Dabrowski, Rechtsanwalt Meiring, auf Annahme einer nur einfachen Hehlerei, und die Referendarien Kreidel und Röder, als Vertheidiger des Schulz resp. Pägolt, für Nichtschuldig, jedenfalls Annahme einer einfachen Hehlerei und event. mildernde Umstände. Nachdem die Staatsanwaltschaft noch gegen event. Annahme der mildernden Umstände bei Wawrzyn Dabrowski und Pägolt replizirt, bei Schulz jedoch sie anheim gestellt hatte, zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Sie erklärten den Wawrzyn Dabrowski mit 7 gegen 5, den Pägolt mit mehr als 7 Stimmen, beide unter Annahme mildernder Umstände, der schweren Hehlerei, den Schulz der einfachen Hehlerei mit mehr als 7 Stimmen für schuldig.

Der Gerichtshof trat bezüglich der Schuldfrage des Wawrzyn D. der Mehrheit der Geschworenen bei und verurtheilte demnächst die Angeklagten Bartkowiak und Wawrzyn Dabrowski zu je 18 Monat Gefängnis und Haftstrafe der Ehreerrechte, so wie Stellung unter Polizeiausstift auf 2 Jahr, den Pägolt zu 9 Monaten Gefängnis und den Nebenstrafen auf 1 Jahr, den Schulz zu 14 Tagen Gefängnis.

Zweitens erschien heute unter der Anklage der Urkundenfälschung der Tagelöhner Gottlieb Reich aus Sowiniec-Haußland in den Schranken. Vertheidiger: Rechtsanwalt Dohorn. Der Angeklagte war von dem Schuhmacher Simon Simoni zu Mołochin wegen einer Schuld von 2 Thlr. 9 Gr. 6 Pf. verklagt und rechtskräftig zu deren Zahlung verurtheilt worden. Simoni hatte demnächst die Exekution nachgeflucht und war der Exekutor Pendias vom Kreisgerichte zu Schrimm mit deren Vollstreckung beauftragt worden. Bereits war dieser einmal bei dem Angeklagten vergeblich gewesen und batte damals erfahren müssen, dasselbe sei nach Mołochin gereist, um den Schläger zu bestredigen; als er auch ein zweites Mal denselben nicht zu Hause fand, wohlb aber dessen Ehefrau, der er den Zweck seines Erreichens bekannt gab. Diese ging nach einer Schublade, entnahm dieser ein Schriftstück folgenden Inhalts:

"Quittung über 2 Thlr. 9 Gr. 6 Pf., wörtlich u. s. w., habe ich in meiner Schuldforderung von Gottlieb Reich aus Sowiniec-Haußland richtig erhalten, worüber ich quittire." Molidin, den 15. 7. 65.

Simon Simoni." und übergab es ihm. Folge dessen nahm Pendias von der Exekution Abstand. Die Anklage behauptete, der Angeklagte, der auch allein ein Interesse an der Auffertigung dieses sofort von dem Simoni als gefälscht erklärt Schriftstückes gehabt habe, habe dasselbe angefertigt in der Absicht, sich dadurch einen Gewinn zu verschaffen, nämlich, um die Exekution von sich abzuwenden und von denselben zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht. Der Angeklagte bestritt dies und behauptete, gar nicht genutzt zu haben, dass Simoni die Exekution gegen ihn nachgesucht habe. Die Quittung könne sein Sohn, ein Schuhmacher, geschrieben haben. - Wenn nun auch die Sachverständigen Kanzleidirigent Rumy und Kanzleisekretär Faustmann aus Schrimm aufs Bestimmteste und nach Vergleichung einer von dem Angeklagten geständlich geschriebenen Eingabe erklärten, jene Quittung rührte von seiner Hand her, so konnten die Geschworenen doch die Überzeugung von der Schuld des Angeklagten nicht gewinnen und erklärten ihn der Urkundenfälschung für nichtschuldig, worauf seine Freisprechung von Strafe und Kosten durch den Gerichtshof erfolgte.

[D]effenrich Sitzung der Stadtverordneten am 26. d.] Eröffnung um 4½ Uhr Nachmittags durch den zweiten Vorsitzenden Kanzleidirigent Knorr. Anwesend sind die Stadtverordneten: Annus, B. H. Asch, Bielefeld, Breslauer, Briske, Dahlke, Hebanowski, B. Jaffe, L. Jaffé, Jezirowski, Janowicz, Dr. Matecki, Manroth, Marcus, R. Schmidt, Schulz, Walther, Dr. Wenzel. Der Magistrat ist vertreten durch den Oberbürgermeister Geheimrat Naumann und die Stadträthe Dr. Samter, Stengel, v. Tressow, Raas, v. Glebowksi, v. Gryczi.

Vor Eintritt der Versammlung in die Tagesordnung macht der Vorsitzende die Mitteilung, dass der Stadtverordnete und bisherige Vorsitzende der Versammlung, Justizrat Schufka, nach einer Anzeige sein Amt, gestiftet auf die Stadtcorona, als Stadtverordneten niedergestellt, nachdem er dasselbe 15 Jahre hindurch inne gehabt. Aus der Versammlung werden in Folge dieser Anzeige mehrere Anträge gestellt, einen definitiven Beschluss in dieser Angelegenheit schiebt die Majorität aber bis zur nächsten Sitzung hinaus. - Der Stadtverordnete C. Meyer erachtet andauernder Kränklichkeit wegen der Versammlung um einen zweimonatlichen Urlaub. - Aus Neustadt a. W. ist ein anonymes Schreiben eingegangen, welches der Versammlung den Vorschlag macht, die Benennung "Schützenstraße", die gegenwärtig keinen Sinn mehr habe, in den Namen "Bergerstraße" umzuwandeln, welche letztere, da jetzt die Bergerische neue Realsschule in der Straße stebe, sinnemässig sei. Das Schreiben wird, da es als anonym nicht berücksichtigt werden kann, ad acta gelegt.

Die Tagesordnung enthält: 1) Betreffend die Prüfung des Haushalts-Etats der Stadt Königsberg, um darnach hier zu verfahren. Zur Annwendung soll nach dem Referenten der Kommission namentlich der Schlusspassus des genannten Etats kommen, dahin gehend, dass bei allen Etatsvorlagen die formellen Monita, die etwa gezogen werden, nicht dem Plenum der Stadtverordneten zur Erledigung vorgelegt, sondern von der Finanzkommission und dem Magistrat zur Ausgleichung gebracht werden sollen, wie überhaupt die Finanzkommission unmittelbar mit dem Magistrat in Verbindung stehen, dem Plenum der Stadtverordneten dagegen nur Bericht vom Referenten der Finanzkommission erstattet werden soll. Aus der Versammlung wird gelöst, dass der gemachte Vorschlag für Posen nichts Neues enthalte, da hier größtentheils in der angeführten Weise verfahren werde, ein besonderer Beschluss hierüber daher unnötig sei. Die Majorität schloss sich diesen Ansichten an.

2) Entlastung mehrerer Kommunalfonds-Rechnungen pro 1863 u. 1864. Die Realschul-, Mittelschul- und Elementarschulfond-Rechnungen können nicht erledigt werden, weil die Referenten nicht anwesend sind. Dagegen findet die Theaterfonds-Rechnung ihre Erledigung. Der Referent, Kaufmann Bielefeld, macht bei dieser Gelegenheit der Versammlung

lung die Mitteilung, dass das Theater bekanntlich immer noch unverstärkt sei, weil die Provinzial-Feuersocietät sich weigerte, die Versicherung anzunehmen. Dagegen haben sich Privatgesellschaften erboten, das Theater unter der Bedingung zu versichern, dass die Stadt mit den übrigen städtischen Gebäuden aus der Provinzial-Feuersocietät ausscheidet und dieselben mit dem Theater der betreffenden Privatgesellschaft zur Versicherung übergebe. Diese Angelegenheit wird dem Magistrat zu näheren Erklärungen überwiesen. - Der Referent erachtet ferner die Verlängerung um die nachträgliche Genehmigung der Kosten im Betrage von 838 Thlr. 5 Gr. 9 Pf., welche umfassende Reparaturen am Theater vor 2 Jahren verursacht haben. Auch diesen Gegenstand überweist die Versammlung dem Magistrat zur weiteren Abstaltung. - In der Kämmererkassenfondsbrechnung p. 1863 sind vor der Kommission mehrere Monita gezogen worden, die an den Magistrat zur Erledigung zurückgehen. - Der Armenfondsbrechnung p. 1863 wird die Decharge ertheilt; dagegen können die Hundesteuer- und Marstall-Rechnung nicht erledigt werden, da sie noch nicht genügend vorbereitet sind.

3) betreffend die Verlegung der Jahrmarkte. Im Februar d. J. beschloss die Versammlung der Stadtverordneten, die Jahrmarkte, deren Abhaltung auf dem alten Markt manche Nachtheile mit sich führt, nach dem neuen Markt resp. dem Bernhardinerplatz zu verlegen und soll nach jenem Beschluss die Maßregel im Jahre 1867 zur Ausführung kommen. Inzwischen sind Petitionen von vielen kleinen Gewerbetreibenden eingelaufen, die um Beibehaltung des bisherigen Platzes, als des Mittelpunktes der Stadt, für die Abhaltung des Jahrmarktes bitten, da sie bei einer Verlegung nach den genannten Plätzen für sich große Nachtheile fürchten. Der Magistrat hat, weil die Marktbuden namentlich die Passage bedeutend bemühten, durch den Stadtbaumeister Stenzel eine andere Aufstellung der Buden vornehmen lassen, in der Art, dass dieselben mit den Hinterwänden zusammen zu stehen kommen, wodurch an Raum so viel gewonnen wird, dass eine Verlegung des Jahrmarktes aus diesem Grunde nicht geboten erscheint. Die Finanzkommission jedoch begründet die Notwendigkeit einer Verlegung und erachtet die Versammlung, den Beschluss vom Februar d. J. aufrecht zu erhalten, was dann auch geschieht. Darnach findet die Verlegung mit Beginn des nächsten Jahres statt.

4) Notatenbeantwortung über den Etat der Gasanstalt pro 1866 bis 1867. Die Verwaltung der Gasanstalt hat einen Kontrakt mit der Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn geschlossen, wonach die Stadt an die Bahndirektion eine Ration von 200 Thlr. zu stellen hat. Über diesen Kontrakt verlangte die Versammlung für die heutige Sitzung nähere Auskunft, die auch ertheilt wird. Die Bahn-Direktion ist verpflichtet, der Verwaltung täglich eine bestimmte Zahl Eisenbahnwagen zum Kohlentransport zur Verfügung zu stellen. Diese Verpflichtung ist notwendig, weil sonst die Wagen nicht regelmäßig zu bekommen sind; um also nicht in Verlegenheit zu gerathen, musste die Gasanstalt den Kontrakt eingehen und obige Ration stellen. - In dem Etat der Gasanstalt pro 1866/67 und den Rechnungen stellte sich in der letzten Stadtverordnetensitzung eine Differenz von 1000 Thlr. heraus. Diese Differenz beruht auf einem Versehen bei Zusammenstellung der Rechnungen.

5) Wahl eines Bezirks-Armenvorsteher's. Für den verstorbenen Amtsrat Mager wird als Armenvorsteher für den 7. Bezirk der Wagenbauer Otto Seidel jun. gewählt.

6) Anträge wegen Regulierung der Einquartirung & Last. Die vielfachen von Seiten der Beamten unschuldeten Unregelmäßigkeiten in der Bequartrirung der verschiedenen Stadttheile und der einzelnen Bürger machen es dringend notwendig, in diese Unregelmäßigkeiten Ordnung zu bringen. Aus diesem Grunde stellt der Stadtverordnete Bielefeld folgende Anträge: 1) Es möge eine gemischte Kommission zur Neuaunahme sämtlicher Einquartirungsräume der Stadt ernannt werden; 2) der Magistrat möge mit andern Festungsstädten betreffs dieser Angelegenheit in Verbindung treten und in Gemeinschaft mit denselben eine Kollektiv-Petition an das Kriegsministerium um Abhilfe der Mängel in der Bequartrirung richten. Die Versammlung überließ diese Anträge zunächst dem Magistrat zu gutachtlicher Aufmerksamkeit.

7) Persönliche Angelegenheiten. Das Gesuch eines Realschullehrers um Gehaltszulage muss bis zur nächsten Sitzung zurückgelegt werden. - Der Bau-Eleve Wollenhauß hat sich erboten, der Stadt einen Grundriss vom Rathaus anzufertigen und verlangt dafür ein Honorar von 120 Thlr. Da noch kein Plan vom Rathaus existiert, so empfiehlt der Magistrat der Versammlung, die Summe, die sich mit allen Unfosten auf 150 Thlr. beläuft, zu bewilligen. Die Versammlung genehmigt den Antrag.

8) Von den Stadtverordneten Annus u. Genossen wird der Antrag eingebracht, eine gemischte Kommission zu bilden, deren Aufgabe es sein soll, eine solche Organisation der Sparlatten-Berwaltung vorzubereiten, die geeignet ist, in kritischen Zeiten die notigen baaren Gelder zur Zahlung an die Einleger ohne erhebliche Verluste zu beschaffen. Die Angelegenheit soll in nächster Sitzung berathen werden.

9) Einführung des Kaufmanns Herrn Annus als Stadtrath. Die Wahl des Herrn Annus zum Stadtrath ist von der königlichen Regierung bestätigt worden und es findet daher durch den Herrn Oberbürgermeister die feierliche Einführung desselben in sein Amt statt. Herr Annus leistet den vorgedriessenen Eid und wird nunmehr vom Oberbürgermeister als Magistratsmitglied aufs Herzlichste begrüßt. Der Vorsitzende der Versammlung spricht dem Scheidenten im Namen dieser Versammlung die allgemeine Anerkennung für seine langjährige, höchst erprobliche Thätigkeit als Stadtverordneten aus. Die Versammlung gibt Herrn Annus durch Erheben von den Plätzen ihren Dank zu erkennen.

Schluss der öffentlichen Sitzung um 6½ Uhr. Nach derselben findet noch eine geheime Sitzung statt.

- [Tedeum.] Zum Danke für das Aufhören der Cholera in unserer Stadt ist in den katholischen Kirchen Polens am vergangenen Sonntage ein Te Deum angekündigt worden. Bugleich wurde den Gemeindemitgliedern das Verbot des Fleischgenusses an gewissen Tagen, das während der Cholera auf den Rath der Aerzte aufgehoben war, wieder in Erinnerung gebracht.

- [Die alte Realschule], welche während der Mobilisation von mehreren Handwerkerkompanien und als Bureau des 19. Infanteriebataillons benutzt wurde, ist jetzt vollständig wieder freigegeben und wird nach den Mi-

chaelisferien von der katholischen Elementarschule im alten Mariengymnasium, das der Stadt am 1. Oktober c. gefindigt ist, befestigt werden.

- Heute und morgen findet die öffentliche Prüfung der Schüler des biesigen Königl. Gymnasiums statt. Das Programm enthält eine lateinische Abhandlung des Direktors der Anstalt, Herrn Dr. Enger: De Timocreontis Rhodii carmine a Plutarcho servato alioque Plutarchi loco, und Schulnachrichten von demselben. Aus der Statistik der Anstalt werden wir morgen einige Mittheilungen bringen.

- Gestern übertraf uns die Stolzmannsche Kapelle im zweiten Theile des Konzerts in Taubers Garten durch die Aufführung des von ihrem Dirigenten komponierten "Nach o. Marsch", einer Komposition, aus deren Mythen uns kriegerische Jugendfrische und Bravour entgegenstehen, die wirksamen Hebel des Sieges in der Schlacht. Der Marsch selbst unterscheidet sich dadurch besonders vortheilhaft vor anderen derartigen Tonwerken, dass er nicht die Motive eines alten Soldaten- oder Volksliedes verarbeitet, sondern durchweg original gehalten ist. Die Kolonnen rücken gemeinsam und entschlossen gegen den Feind, bis die erste einschlagende Kugel den Marsch in den letzten Theilen zum Sturmschritt steigert. Außerordentlicher Jubel diente den Komponisten für die gelungene Leistung, der dadurch veranlaßt wurde, seinen durchweg original gehalten ist. Die Kolonnen rücken gemeinsam und entschlossen gegen den Feind, bis die erste einschlagende Kugel den Marsch in den letzten Theilen zum Sturmschritt steigert. Außerordentlicher Jubel diente den Komponisten für die gelungene Leistung, der dadurch veranlaßt wurde,

- Das 3. Niederschles. Infanterieregiment Nr. 50., das lüstig zur Garnison unserer Stadt gehören wird, trifft am 28. d. M. von dem Kriegsschauplatz aus Böhmen hier ein. Der Einmarsch erfolgt um 1 Uhr durch das Berliner Thor. Oberst von Nagmer ist Kommandeur des Regiments. Von Seiten der königl. Kommandantur und der hier garnisonirenden Offiziere wird das tapfere Regiment feierlich eingeholt.

- [Cholera.] Am 25./26. September c. erkrankten im Civil 5 starben 2. Bestand am 26. September c. im Stadtlazareth Keiner. - Im Militärlazareth 13.

(Eingesandt.)

Ein großer Nebelstand, welcher beginnt, seinen drückenden Einfluss auf den biesigen Geschäftswerke zu äußern, ist der seit Wochen vollständig gebliebene Eisenbahn-Güterverkehr. Nachdem jetzt aber die eigentliche Urfache, hervorgerufen durch die bösen passirenden Militair-Transporte, fast vollständig beseitigt ist, wäre es doch endlich an der Zeit, dass seitens der betreffenden Behörde die energischsten Maßregeln getroffen würden, um die schon seit längerer Zeit auf dem biesigen Bahnhofe lagernenden Güter den bestreitenden Interessenten auszuliefern. Schreiber dieser Beilei, momentan selbst diverse Waaren und darunter dem Verderben leicht ausgesetzte, erwarten, hat bestimmt in Erfahrung gebracht, dass dieselben neben vielen anderen zwar auf dem Bahnhofe hier selbst liegen, jedoch deshalb nicht ausgegeben werden, weil es an Arbeitskräften dazu mangelt. Nachdem nun aber Krieg und Cholera in diesem Jahre schon hemmend genug auf das Geschäfts-Leben gewirkt haben, ist es doch gewiss zu beklagen, wenn nur aus oben angegebener Ursache der auf schneller Beförderung basirende Worbefund der Eisenbahn-Sendungen gegenüber dem billigen Wasser-Transport völlig illusorisch gemacht wird.

Angekommene Fremde.

Bom 27. September. STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Kierski nebst Frau aus Boburki, v. Radomski nebst Frau aus Glabowo, v. Bodhinsti nebst Frau aus Targowa gorka, v. Karsnicki aus Enimchen, Greif aus Haßhagen, Frau v. Kaciorowska aus Czarnożola und Frau v. Potworowska aus Götsch, Provinzamtmeister Kasche aus Königslust, Superintendent Jabisz nebst Familie aus Schönlanke, Frau v. Niemberg, Schauspielerin Fräulein Lebinann, Premierleutnant Ruprecht und Kaufmann Edtmann aus Breslau, Oberstleutnant v. Gottberg nebst Frau aus Altona, Frau Hardt nebst Tochter aus Berlin, Premierleutnant v. Berlin aus Schrimm, Kaufmann Landé aus Lissa, Stabsarzt Dr. Erdmayer und pr. Arzt Dr. May aus Böhmen.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Rittmeister v. Grevenius aus Tłukowo, die Kaufleute Kahlenberg aus Braunschweig, Bunge aus Stettin und Balbach aus Alt-Straß, die Gutsbesitzer Namke aus Chociżewo und v. Rostowski aus Pleśchen.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Hauptmann v. Sydow aus Böhmen, Konditor Kaiser aus Wronek, Gutsbesitzer Moritz aus Strykowo, Maurermeister Seerenberg und Frau Dr. Cron aus Buk, Kaufmann Mittel aus Grätz, Militärarzt Rosenthal aus Polen, die Agronomen Hoffmeister aus Silesien.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Radomski nebst Frau aus Siekierki, Gräfin Poninsta aus Wreschen, Frau Kutzner aus Bąlowice, v. Bablocki aus Tunowo, v. Karczewski nebst Frau aus Czarnotek, Frau v. Wollschläger aus Iwno, Radom nebst Familie aus Szczecin, Frau v. Lafomicka aus Dąbrowka und Dr. Sams nebst Sohn aus Lownica, Rechts-Anwalt Gerlach nebst Frau aus Samter, Fräulein v. Lafinska aus Boguszy, Rentier Kierski aus Podolien.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Herz aus Offenbach, Wolfer und Aschau aus Bromberg, Röpp aus Kurland, Strenz aus Fürst und Koerber aus Königsberg, Generalmajor v. Krosigk und Kretschmar, Martin aus Schröda, die Offiziere Schwarzi aus Polen und v. Sommerfeld aus Stargard, Gutsbesitzer Lüdemann nebst Frau aus Stenszwo, Rentier Kierski aus Podolien.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer Ullmann aus Polen, Fabrikbesitzer Heimos aus Gienkowis, Schul-Inspektor Kaczmarek aus Adelini, Gutsbesitzer Sarazin aus Karczewo, Apotheker Speichert a. Gleim, Hotel DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Ostrowski aus Guto und Gräfin Potworowska aus Chlapowo, Graf Banjojski aus Berlin.

Einladung zum Tanz-Unterricht.

Hiermit beeibt sich Unterzeichnete einem hohen Adel und verehrungswürdigen Bürgern ergeben zu zeigen, dass dieselbe den höheren Anstandslehre für Kinder und Erwachsene am 1. Oktober d. J. eröffnet. Anmeldungen zu den verschiedenen Kurien, nebst einer Anmeldung in meiner Wohnung Hotel Eichborn, Sapietoplasz 2 Treppen jeden Nachmittag von 2 bis 5 Uhr entgegen. Auch werden auf Wunsch Privatstunden außer dem Hanse ertheilt.

Therese Kolbe, geprüfte Lehrerin der höheren Tanzkunst und Anstandslehrerin.

Inserate und Börse-Nachrichten.

Waldau.

Königl. Preussische landwirtschaftliche Akademie bei Königsberg in Pr.

Das Wintersemester beginnt am 15. Oktober c.

Der spezielle Lehrplan ist aus den Amtsblättern der königl. Regierungen des Staates zu ersehen.

Der Menzel- v. Lengerkesche Kalender enthält nähere Nachrichten über die Akademie und deren Einrichtungen; auch ist der Unterzeichnete gern bereit, darüber auf Anfragen weitere Auskunft zu ertheilen.

Waldau, im August 1866.

Der Direktor, königl. Oekonomie-Rath
gez. L. Wagener.

Auktion.

Freitag den 28. d. M. früh von 9 Uhr werden ich im Laden Markt Nr. 57. meine 9 Uhr ab Wasserstraße 25. die zur Gale- Schaftröcke, Hosen, Westen, Pelze etc. beladen. Reparaturen, Gold- und Silberwaren, Servietten, 1 franz. Long-Chawl, goldene und ein polnischer Fuchsyzel öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski,
lgl. Auktions-Kommissar.

Auktion.

<p

11^{1/2} b.^{1/2}, Septbr. 15^{1/2} a^{1/2} a^{1/2} a^{1/2} b.^{1/2} u. Gd., 1/2 Br., Septbr. - Oktbr. do., Oktbr. Novbr. 14^{1/2} a^{1/2} a^{1/2} a^{1/2} b.^{1/2} u. Gd., Novbr. - Dezbr. 42^{1/2} bis 42 b.^{1/2}, Dezbr. - Jan. 42 Br. u. Gd., April - Mai 42^{1/2} a^{1/2} b.^{1/2} u. Br., Mai - Juni 43^{1/2} Br.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 4^{1/2} - 1/2 Rtl., Nr. 0. u. 1. 4^{1/2} - 1/2 Rtl., Roggenmehl Nr. 0. 3^{1/2} - 1/2 Rtl., Nr. 0. und 1. 3^{1/2} - 1/2 Rtl. b.^{1/2} pr. Ctr. unversteuert. (B. H. B.)

Stettin, 26. Septbr. [Amtlicher Börsenbericht.] Wetter: Schön, + 20° R. Barometer: 28° 2". Wind: N.S.D.

Weizen niedriger, loko p. 85psd. gelber 68-75 Rtl. b.^{1/2}, 83^{1/2} 85psd. gelber pr. Septbr. - Oktbr. 75. 74^{1/2}, 1/2 b.^{1/2}. Oktbr. - Novbr. 73^{1/2}, 1/2 b.^{1/2}, Novbr. - Dezbr. 73. 72^{1/2}, 1/2 b.^{1/2}. Frühjahr 73^{1/2}, 1/2 b.^{1/2}.

Roggen matt, p. 2000 Bsd. loko 45-47 Rtl. b.^{1/2}, geringer 44 b.^{1/2}, eine Ladung defetter Königsberger P. Connoiss. 42^{1/2} b.^{1/2}, pr. Septbr. 47 b.^{1/2}, Septbr. Oktbr. 46^{1/2}, 1/2 b.^{1/2}. Oktbr. - Novbr. 46 b.^{1/2}, Frühjahr 46 b.^{1/2}.

Gerste loko p. 70psd. Oderbr. 44-44^{1/2} Rtl. b.^{1/2}, bessere 45 Rtl. b.^{1/2}, schles. loko 44-44^{1/2} Rtl. b.^{1/2}, keine märf. 45 Rtl. b.^{1/2}, schwimm. 40^{1/2} Rtl. b.^{1/2}.

Hafer loko p. 50psd. 25-27 Rtl. Frühjahr 47^{1/2} 50psd. 26^{1/2} Br.

Erbse loko 52-56 Rtl. Frühjahr Futter 51 Br., 50^{1/2} Gd.

Winterrüben pr. Septbr. - Oktbr. 83^{1/2} Rtl. Br.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen

70-78 47-51 40-45 24-26 52-58 Rtl.

Heu 10-12^{1/2} Sgr. Stroh 7-9 Rtl.

Leinöl loko inst. Fass 14^{1/2} Rtl. Br. farze Lief. 14^{1/2} b.^{1/2}

Coccus nussöl, Cochin 19^{1/2} Rtl. b.^{1/2}

Rüböl matter, loko 12^{1/2} Rtl. b.^{1/2}, Br., pr. Septbr. - Oktbr. 12^{1/2} b.^{1/2} u. Br., April - Mai 12^{1/2} Rtl. b.^{1/2}, Novbr. - Dezbr. 12^{1/2} Rtl. b.^{1/2}.

Spiritus matt, loko ohne Fass 15^{1/2} Rtl. b.^{1/2}, pr. Septbr. - Oktbr. 15, 15^{1/2} b.^{1/2}, Oktbr. - Novbr. 14^{1/2} Br., Novbr. - Dezbr. 14^{1/2} Rtl. b.^{1/2}, 15 b.^{1/2} u. Br.

Angemeldet: 100 Wispel Roggen. (Ostf.-Btg.)

Breslau, 26. Septbr. [Produktenmarkt.] Am heutigen Markte blieb für Getreide im Allgemeinen gute Kauflust vorherrschend, bei der sich nenernden Preise teilweise höher stellten.

Weizen wurde zu steigenden Preisen umgesetzt, wir notieren p. 84 Psd. weißer alter 78-92 Sgr., neuer 77-90 Sgr., gelber alter 78-84-88 Sgr., neuer 77-82-86 Sgr., feinst über Notiz.

Roggen blieb gut beachtet, wir notieren p. 84 Psd. alter 57-60 Sgr., neuer 54-58 Sgr.

Gerste behielt ruhige Frage, wir notieren p. 74 Psd. 45-48 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt.

Hafer galt bei ruhiger Kauflust p. 50 Psd. neuer 23-26 Sgr., bezahlt.

Ülkernefrüchte, Kocherben 60-65 Sgr., Futtererbsen fanden gute Frage, a 54-57 Sgr. p. 90 Psd.

Widen p. 90 Psd. 50-54 Sgr.

Bohnen p. 90 Psd. 70-90 Sgr., feinst über Notiz.

Buchweizen p. 70 Psd. 46-52 Sgr. nominell.

Delfaaten waren bei ruhiger Frage im Preise schwach behauptet, wir notieren p. 150 Psd. Brutto Winterrüben 168-188 Sgr.

Winterraps 190-212 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt.

Sommerrüben 148-162 Sgr.

Leindotter 132-152 Sgr.

Schlaglein wurde bei schwachen Angeboten mit 6-6^{1/2} Rtl. p. 150 Psd. feinst über Notiz bezahlt.

Kartoffelkuchen gefragt, 42-44 Sgr. p. Ctr.

Kleesaat, wir notieren bei mehrseitiger Frage roth (alte Waare) 13-

15^{1/2} Rtl. feinste über Notiz.

Kartoffel-Spiritus (p. 100 Quart zu 80% Tralles) 14^{1/2} Rtl. Gd.

Breslau, 26. Septbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen (p. 2000 Psd.) niedriger, pr. Septbr. 44 Br., Septbr. - Oktbr.

43-42^{1/2} b.^{1/2}, Oktbr. - Novbr. 42^{1/2}-42-41^{1/2} b.^{1/2} u. Gd., Novbr. - Dezbr. 42^{1/2} bis 42 b.^{1/2}, Dezbr. - Jan. 42 Br. u. Gd., April - Mai 42^{1/2} a^{1/2} b.^{1/2} u. Br., Mai - Juni 43^{1/2} Br.

Weizen pr. September 67 Br.

Gerste pr. September 43 Br.

Hafer pr. September 36 Br.

Naps pr. September 100 Br.

Rüböl matter, loko 12^{1/2} Br., pr. Septbr. 12^{1/2} Br., Septbr. - Oktbr. 12^{1/2} b.^{1/2} u. Br., Oktbr. - Novbr. und Novbr. - Dezbr. 12^{1/2}-12 b.^{1/2}, Dezbr. - Jan. 12 b.^{1/2}, Febr. 12 Br., April - Mai 12^{1/2}-12 b.^{1/2} u. Br., Mai - Juni 12^{1/2} Br.

Spiritus niedriger, loko 14^{1/2} Gd., 14^{1/2} Br., pr. Septbr. 14^{1/2} Br., Septbr. - Oktbr. 14^{1/2} Gd., Oktbr. - Novbr. 14^{1/2} Br., Novbr. - Dezbr. 14^{1/2} Br., April - Mai 14^{1/2} b.^{1/2} u. Br.

Bink ohne Umsatz, - Preise nominell.

Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.

(Feststellungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 26. September 1866.

	feine	mittel	ord.	Waare.
Weizen, weißer alter	88-92	84	78-82	Sgr.
do. do. neuer	85-89	82	76-79	=
do. gelber alter	84-88	82	78-80	=
do. neuer	83-86	81	76-79	=
Roggen alter	59-60	58	—	=
do. neuer	57-58	56	—	55
Gerste	47-48	46	—	=
Hafer	25-26	24	—	23
Naps	62-65	59	54-57	=

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Naps und Rübßen.

Naps	210	200	180	Sgr.
Rübßen; Winterfrucht	188	178	170	=
do. Sommerfrucht	—	—	—	p. 150 Psd. Brutto.

Dotter 152 142 136 =

(Bresl. Hdls. Bl.)

Magdeburg, 26. Septbr. Weizen 68-71 Thlr., Roggen 50-51^{1/2} Thlr., Gerste 38-52 Thlr., Hafer 25-28 Thlr.

Kartoffel-Spiritus. Lokomotive begeht und im Preise wenig verändert. Termine nicht gehandelt. Loko ohne Fass 16^{1/2} a 16^{1/2} Thlr., pr. Septbr. 16^{1/2} Thlr., Septbr. - Oktbr. 16^{1/2} Thlr. p. 8000 p.Ctr. mit Übernahme des Gebinde a 1^{1/2} Thlr. pr. 100 Quart.

Rübben/Spiritus wenig belebt. Loko 16 a 15^{1/2} Thlr. (Magdeb. Blg.)

Bromberg, 26. Septbr. Wind: Süd. Witterung: Klar und heiter. Morgen 13° Wärme. Mittags 20° Wärme.

Weizen, alter ohne Bußfahr.

Weizen, frischer 124-128psd. holl. 81 Psd. 6 Lth. bis 83 Psd. 24 Lth.

Bollgewicht 66-69 Thlr., 129-131psd. holl. (84 Psd. 14 Lth. bis 85 Psd. 23 Lth. Bollgewicht) 71-74 Thlr.

Roggen 122-125psd. holl. (80 Psd. 16 Lth. bis 81 Psd. 25 Lth. Bollgewicht) 43-44 Thlr.

Große Gerste 38-40 Thlr., feinste Qualität 1-2 Thlr. über Notiz.

Futtererben p. Wbl. 43-45 Thlr. Kocherben 46-48 Thlr.

Rübben und Naps ohne Bußfahr.

Spiritus 16^{1/2} Thlr. p. 8000% Tr. (Bromb. Blg.)

Hopfen.

Nürnberg, 23. Septbr. Das Geschäft in den letzten zwei Tagen (Freitag und Sonnabend) war auch hier in Folge höherer Notirungen von badi-

dischen und württembergischen Produktionsplägen fester, und wurden nachdem doch der erste Bedarf jetzt befriedigt werden soll, 5 Fl. p. Ctr. höhere Preise angelegt. — Wir geben folgende Auszüge aus eingegangenen Berichten und schließen alle diese Notizen dahin, daß überall das Ernteergebnis gegen die Schädigung sehr zurückbleibt.

Saaz, 21. Septbr. Bei recht lebhaftem Geschäft in Stadt und Land gesteigerte Preise; Stadt 170-172 Fl., Bezirk 166-177 Fl. und Kreis- 150-157 Fl.

Prag, 22. Septbr. In Folge der eingegangenen Stimmung der Kauf- lust aus den Produktionsplägen steigende Preise: Saazer Stadt 172-175 Fl., Bezirk 160-165 Fl., Kreis 155-160 Fl., Aussaer Notboden 120-130 Fl., Dauba, Grünhöfen 80-90 Fl. (B. H. B.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 26. Septbr. Nachmittags 1 Uhr. Weizen loko 8, pr. No- vember 7, 11, pr. März 7, 18, pr. Mai 7, 17, Roggen loko 5, 15, pr. November 5, 1, pr. März 5, 9, pr. Mai 5, 11, Rüböl unverändert, loko 14^{1/2} pr. Oktober 13^{1/2}, pr. Mai 13^{1/2}, Leinöl loko 14^{1/2}.

Hamburg, 26. Septbr. Nachmittags 1 Uhr 30 Minuten. Getreide- markt fest. Weizen loko etwas höher, pr. Septbr. - Oktbr. 5400 Psd. Markt 13^{1/2} Bantoholzer Br., 130^{1/2} Gd., pr. Oktbr. - Novbr. 127 Br. u. Gd. Roggen April - Mai pr. Danzig zu 74-75, pr. Mai - Juni 75-76, ab Königsberg pr. April - Mai 73-74, pr. Septbr. - Oktbr. 5000 Psd. Brutto 78^{1/2} Br., 78 Gd., pr. Oktbr. - Novbr. 78^{1/2} Br., 78 Gd. Del loko 27^{1/2}, pr. Oktbr. - Novbr. 27^{1/2}-27^{1/2}. Kaffee rubig. Bink matt, geschäfts-

London, 26. Septbr. Getreidemarkt (Schlussbericht). Englischer Weizen gefragt, zu Montagspreisen verkauft, in fremdem beschränktes Geschäft Frühjahrsgetreide gefragt. — Regnerisch.

Paris, 26. Septbr. Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rüböl pr. September 100, 50, pr. Oktober - Dezember 100, 50, pr. Januar - April 100, 00. Mehl pr. September 68, 75, pr. November - Dezember 69, 50. Spiritus pr. Oktober - Dezember 63, 00.